

**Sparen – aber wie?**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 97 vom 26. April 2023

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 97 vom 26. April 2023, S. 8,  
unter dem Titel:

"Für das Sparen – bei den anderen. Wie die  
Bevölkerung die schwierige Lage der Staatsfinanzen  
beurteilt."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Wenig Verständnis für die hohen Staatsausgaben
	A	2	Mehrheitlich gegen weitere Verschuldung
	A	3	Nur die Anhänger der Grünen sind mehrheitlich für höhere Staatsausgaben
	A	4	Wofür soll vorrangig Geld ausgegeben werden?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Bewertung der finanziellen Lage des Staates
		2	Wie sehr beunruhigt die Staatsverschuldung?
		3	Sollte der Staat jetzt sparen?
		4	Muss der Staat mit seinem Geld auskommen?
		5	Wo sollte der Staat sparen?
		6	Hätte man den Koalitionsvertrag auf die Seite legen sollen?

**Originalmanuskript**

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Sparen – aber wie?**

„Ich glaub‘, mich tritt ein Pferd!“ soll vor 48 Jahren der damalige Bundesfinanzminister Hans Apel gesagt haben, als er die Nachricht von einem Milliardenloch im Haushalt erhielt. Sein Nachfolger Christian Lindner scheint von der derzeitigen Finanzierungslücke im Bundeshaushalt weniger überrascht zu sein, doch die aktuelle Lage wirkt sonst in mancherlei Hinsicht vergleichbar mit der damaligen: eine schwache Wirtschaftsentwicklung, hohe Rohstoffpreise, eine starke Inflation, entsprechend hohe Forderungen der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen, steigende Zinsen und ausgabefreudige Kollegen im Bundeskabinett.

Wie nimmt die Bevölkerung diese Situation wahr? Macht sie sich Sorgen wegen der Staatsverschuldung oder wird diese als weniger problematisch betrachtet? Wie soll man nach Meinung der Bürger auf die

Finanzierungslücke reagieren: Muss der Staat seine Ausgaben kürzen oder sind angesichts der großen Aufgaben, vor denen die Regierung steht, Steuererhöhungen oder neue Schulden zu akzeptieren? Diesen Fragen ist das Institut für Demoskopie Allensbach in seiner aktuellen Repräsentativumfrage im Auftrag dieser Zeitung nachgegangen.

Die Bevölkerung hat durchaus aufmerksam registriert, dass sich die Situation der Staatsfinanzen in den letzten Jahren verschlechtert hat. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage des Staates Ihrer Meinung nach zurzeit sehr gut, gut, nicht so gut, gar nicht gut?“ In den ersten Jahren des vergangenen Jahrzehnts überwog bei dieser Frage regelmäßig die Zahl der Befragten, die sagten, dass ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage des Staates nicht gut sei. Ab der Mitte des Jahrzehnts setzte sich der Eindruck durch, dass die Finanzen des Staates in einem sehr guten oder guten Zustand seien. 2018 vertraten sogar drei Viertel der Bevölkerung diese Meinung. Mit der Corona-Pandemie schlug das Meinungsbild dann erneut um. In der aktuellen Umfrage gaben 64 Prozent an, dass die

Schaubild 1

finanzielle Lage des Staates nicht so gut oder gar nicht gut sei. Nur 23 Prozent widersprachen.

Inwieweit der Schuldenstand des Staates ein Grund zur Sorge ist, herrscht in der Bevölkerung Uneinigkeit. Die Anzahl derjenigen, die auf die Frage „Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands?“ antworteten, diese beunruhige sie sehr stark oder stark, stieg von 2017 bis 2020 von 19 auf 49 Prozent. Seitdem ist dieser Wert wieder auf 42 Prozent gesunken, während derzeit 47 Prozent meinen, die Staatsverschuldung beunruhige sie weniger stark, kaum oder gar nicht. Man kann in der leichten Abnahme derer, die sich wegen der Schulden beunruhigt zeigen, einen gewissen Gewöhnungseffekt vermuten, doch nach wie vor liegen die Sorgen auf einem wesentlich höheren Niveau als vor Beginn der Coronapandemie und der Erhöhung der Staatsausgaben zur Bewältigung ihrer Folgen.

Schaubild 2

In der öffentlichen Diskussion wird die Forderung nach zusätzlichen Staatsausgaben in der Regel mit den besonders großen Aufgaben begründet, vor denen die Regierung stünde.

Doch dieses Argument leuchtet nur einer Minderheit ein. Dazu wurden den Befragten zwei etwas ausführlicher formulierte Meinungen zur Auswahl vorgelegt. Die erste lautete: „Ich finde es zwar nicht gut, dass die Bundesregierung so viel Geld ausgibt und dadurch selber Schulden macht. Aber in der heutigen Situation nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, den steigenden Preisen und der unsicheren Energieversorgung bleibt ihr keine andere Wahl.“ Die Gegenposition dazu lautete: „Ich sehe zwar auch, dass sich die Bundesregierung in einer schwierigen Lage befindet. Aber mittlerweile habe ich das Gefühl, dass die Regierung wirklich für alles Geld ausgibt und leichtfertig mit den Finanzen umgeht. Sie hat dabei einfach jedes Maß verloren.“ Auf die Frage, welcher der beiden Meinungen sie eher zustimmen würden, entschieden sich 53 Prozent der Befragten für die zweite, nur 33 Prozent für die erste Aussage.

Tabelle A 1

Auch das Argument, dass die Sorge vor Staatsschulden übertrieben sei, verfängt nur bei einer Minderheit. Dies zeigen die Reaktionen auf die Aussage: „Ich finde es nicht so schlimm, wenn der Staat Schulden hat. Ein gewisses Maß an Schulden hat jeder Staat; wir haben bisher mit diesen Schulden ganz gut gelebt und

Tabelle A 2



werden das auch in Zukunft können.“ 37 Prozent der Befragten stimmten diesem Argument zu. Deutlich mehr, 48 Prozent, entschieden sich dagegen für das Gegenargument „Ich finde es unverantwortlich, wenn der Staat weiter so hohe Schulden macht; denn unsere Kinder müssen das eines Tages unter Opfern wieder in Ordnung bringen.“

Angesichts dieser Antworten ist es nur folgerichtig, dass ein großer Teil der Bevölkerung an der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse festhalten möchte. Eine Frage lautete: „Deutschland hat sich vorgenommen, im kommenden Jahr möglichst keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Sollte man Ihrer Meinung nach an diesem Ziel festhalten, oder sollte der Staat angesichts der aktuellen Krisen seine Ausgaben in bestimmten Bereichen erhöhen, auch wenn dadurch die Staatsverschuldung ansteigt?“ 47 Prozent antworteten auf die Frage, sie seien dafür, an dem Ziel festzuhalten, lediglich 20 Prozent sprachen sich für höhere Ausgaben auch um den Preis neuer Schulden aus.

Tabelle A 3

Auffällig ist, dass sich die Anhänger aller Parteien mit klaren, mindestens relativen,

Mehrheiten zwischen 41 und 56 Prozent für den Verzicht auf neue Schulden aussprachen – mit Ausnahme der Anhänger der Grünen. Von Ihnen sagten nur 27 Prozent, der Staat sollte am Ziel festhalten, keine neuen Schulden aufzunehmen, etwas mehr, 30 Prozent, widersprachen ausdrücklich.

Noch deutlicher fiel das Ergebnis bei der Frage aus, ob der Staat in der jetzigen Situation seine Ausgaben einschränken und sparen, die Steuern erhöhen oder neue Schulden aufnehmen sollte. Hier sagten 58 Prozent, der Staat solle seine Ausgaben einschränken und sparen. 15 Prozent sprachen sich für neue Schulden aus, und nur 2 Prozent für Steuererhöhungen. Auch bei dieser Frage fällt das abweichende Antwortverhalten der Grünen-Anhänger auf: Die Anhänger von CDU/CSU, SPD, FDP und AfD sagten mit klaren absoluten Mehrheiten, dass der Staat seine Ausgaben einschränken und sparen sollte. Die Anhänger der Linken vertraten immerhin noch zu 48 Prozent diese Position. Die Anhänger der Grünen waren dagegen nur zu 38 Prozent dieser Ansicht.

Schaubild 3

Auch dem von Finanzminister Lindner formulierten Satz „Es ist ein Gebot der

ökonomischen Klugheit, dass der Staat jetzt endlich auskommt mit dem Geld, das die Bürgerinnen und Bürger ihm zur Verfügung stellen“ stimmte eine klare Mehrheit von 52 Prozent der Befragten zu. Nur 16 Prozent widersprachen. Wurde im Fragetext ausdrücklich auf Christian Linder als Urheber der Aussage hingewiesen, änderte dies nichts Wesentliches am Urteil: In diesem Fall stimmten 56 Prozent zu.

Schaubild 4

Die Umfrageergebnisse scheinen auf eine große Bereitschaft der Bevölkerung hinzudeuten, Kürzungen im Staatshaushalt hinzunehmen. Doch ganz so einfach ist die Sache nicht. Sobald man den Befragten konkrete Bereiche vorstellt, in denen gespart werden könnte, relativiert sich das Bild. In einer Frage wurden Vorhaben der Bundesregierung vorgestellt, mit der Bitte anzugeben, welche davon vorrangig verwirklicht werden sollten und welche angesichts der angespannten Finanzlage zurückgestellt werden sollten. Bei neun von zwölf Vorhaben sagte eine klare absolute Mehrheit der Befragten, sie sollten in jedem Fall rasch umgesetzt werden. An der Spitze der Rangliste standen dabei die stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus (77 Prozent) und die stärkere Förderung von Schulen mit einem

Tabelle A 4

hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder (71 Prozent). Auch die sehr kostspieligen Punkte „Ausbau und Sanierung des Schienennetzes“ (66 Prozent) und „Bessere Ausstattung der Bundeswehr“ (59 Prozent) wurden als vorrangig eingestuft. Lediglich von drei Vorhaben sagten deutliche Mehrheiten, dass man sie verschieben oder ganz auf sie verzichten könne: vom Ausbau und der Sanierung von Autobahnen, der Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Besserverdienende und der Einführung einer Aktienrente.

Hier deutet sich schon ein Muster an, das bei einer weiteren Frage noch deutlicher zutage tritt, bei der noch direkter danach gefragt wurde, in welchen Bereichen der Staat sparen sollte und wo er auf keinen Fall sparen dürfe. Das Ergebnis: Große Mehrheiten von mehr als 60 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass der Staat bei den Ausgaben für Beamte, der staatlichen Verwaltung, Subventionen für nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige, bei der Unterstützung von Flüchtlingen und der Entwicklungshilfe sparen sollte.

Schaubild 5

Auf keinen Fall sparen dürfe er dagegen nach Ansicht von mehr als 70 Prozent der Befragten bei zwölf der 24 zur Auswahl gestellten Bereiche, darunter bei der Unterstützung von Familien mit Kindern, bei den Renten, der Ausstattung von Schulen und im Gesundheitssystem, bei der Ausstattung der Polizei, beim Ausbau des Schienennetzes, beim Wohnungsbau und bei öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern oder Büchereien. Man könnte etwas salopp zusammenfassen, dass erhebliche Teile der Bevölkerung sehr für einen sparsamen Staat sind, solange die Einsparungen nur andere Menschen betreffen und nicht sie selbst.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass das Verständnis vieler Bürger für die finanzpolitischen Zwänge des Staates zumindest auf einer abstrakten Ebene bemerkenswert groß ist. Vor diesem Hintergrund ist auch die Reaktion auf einen Satz des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz aufschlussreich, der am 7. März in einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte: „Im Grunde hätte die Bundesregierung im letzten Jahr um diese Zeit sagen müssen, wir legen den Koalitionsvertrag auf die Seite und ordnen jetzt unsere Prioritäten neu.“ 54 Prozent der

Schaubild 6

Befragten insgesamt und absolute Mehrheiten der Anhänger aller Parteien erneut mit Ausnahme der Grünen stimmten zu. Wahrscheinlich würden es die Bürger grundsätzlich durchaus akzeptieren, wenn die Regierung verkündete, sie müsse angesichts der angespannten Haushaltslage auf ursprünglich geplante Vorhaben verzichten. Erbitterte Kämpfe mit den Interessengruppen um die Frage, auf welche konkreten Vorhaben denn verzichtet werden könne und auf welche nicht, blieben ihr allerdings nicht erspart.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1007
Befragungszeitraum:	3.4. bis 18.04.2023
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**



Wenig Verständnis für die hohen Staatsausgaben

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über die finanziellen Ausgaben der Bundesregierung. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

Bevölkerung  
insgesamt

%

"Ich finde es zwar nicht gut, dass die Bundesregierung so viel Geld ausgibt und dadurch selber Schulden macht. Aber in der heutigen Situation nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, den steigenden Preisen und der unsicheren Energieversorgung bleibt ihr keine andere Wahl." ..... 33

„Ich sehe zwar auch, dass sich die Bundesregierung in einer schwierigen Lage befindet. Aber mittlerweile habe ich das Gefühl, dass die Regierung wirklich für alles Geld ausgibt und leichtfertig mit den Finanzen umgeht. Sie hat dabei einfach jedes Maß verloren." ..... 53

Unentschieden.....  $\frac{14}{100}$

Mehrheitlich gegen weitere Verschuldung

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über die Staatsschulden. Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
"Ich finde es nicht so schlimm, wenn der Staat Schulden hat. Ein gewisses Maß an Schulden hat jeder Staat; wir haben bisher mit diesen Schulden ganz gut gelebt und werden das auch in Zukunft können." .....	37
„Ich finde es unverantwortlich, wenn der Staat weiter so hohe Schulden macht; denn unsere Kinder müssen das eines Tages unter Opfern wieder in Ordnung bringen." .....	48
Unentschieden .....	$\frac{15}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069, April 2023

Nur die Anhänger der Grünen sind  
mehrheitlich für eine Erhöhung  
der Staatsausgaben

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Deutschland hat sich vorgenommen, im kommenden Jahr möglichst keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Sollte man Ihrer Meinung nach an diesem Ziel festhalten, oder sollte der Staat angesichts der aktuellen Krisen seine Ausgaben in bestimmten Bereichen erhöhen, auch wenn dadurch die Staatsverschuldung ansteigt?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –					
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	
Am Ziel festhalten .....	47	54	50	45	27	41	56
Ausgaben erhöhen.....	20	14	24	26	30	22	11
Unentschieden .....	<u>33</u>	<u>32</u>	<u>26</u>	<u>29</u>	<u>43</u>	<u>37</u>	<u>33</u>
	100	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069, April 2023

Wofür soll vorrangig Geld ausgegeben werden?

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Derzeit berät die Regierung darüber, für welche Vorhaben in den nächsten Jahren vorrangig Geld ausgegeben werden soll. Da nicht ausreichend Geld zur Verfügung steht, um alle Vorhaben umzusetzen, müssen einige davon zurückgestellt oder ganz aufgegeben werden. Wenn es nach Ihnen ginge: Welche Vorhaben von diesen Karten sollten auf jeden Fall rasch umgesetzt werden, welche sollten erst mal zurückgestellt werden, und auf welche sollte ganz verzichtet werden?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus.....	77
Stärkere Förderung von Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler.....	71
Einführung des 49-Euro-Tickets für den öffentlichen Nahverkehr.....	68
Einführung einer Kindergrundsicherung .....	66
Ausbau und Sanierung des Schienennetzes.....	66
Bessere Ausstattung der Bundeswehr .....	59
Stärkere Digitalisierung der Verwaltung .....	51
Finanzielle Förderung des Austauschs von Öl- und Gasheizungen.....	48
Stärkere Digitalisierung des Gesundheitssystems .....	47
Ausbau und Sanierung von Autobahnen.....	38
Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Besserverdienende .....	19
Einführung einer Aktienrente.....	14

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069, April 2023

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
<b>Bundestagswahl</b>							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
<b>Bundestagswahl</b>							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. Apr.	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5
5. - 18. August	29,0	8,0	19,5	21,0	5,0	12,0	5,5
1. - 14. September	30,0	7,0	20,0	19,0	5,5	13,0	5,5
1. - 13. Oktober	30,5	7,0	19,0	19,0	5,0	14,0	5,5
5. - 17. November	29,5	7,0	20,0	20,0	4,0	14,0	5,5
2. - 15. Dezember	30,0	7,5	22,0	18,0	4,5	12,0	6,0
2023: 5. - 18. Januar	31,0	6,0	21,0	17,0	4,5	14,0	6,5
27. Jan. - 9. Febr.	30,0	7,5	22,5	16,0	4,0	14,0	6,0
2. - 15. März	31,0	6,5	21,0	16,0	4,5	15,0	6,0
3. - 18. April	31,0	7,5	20,0	15,0	5,0	16,0	5,5

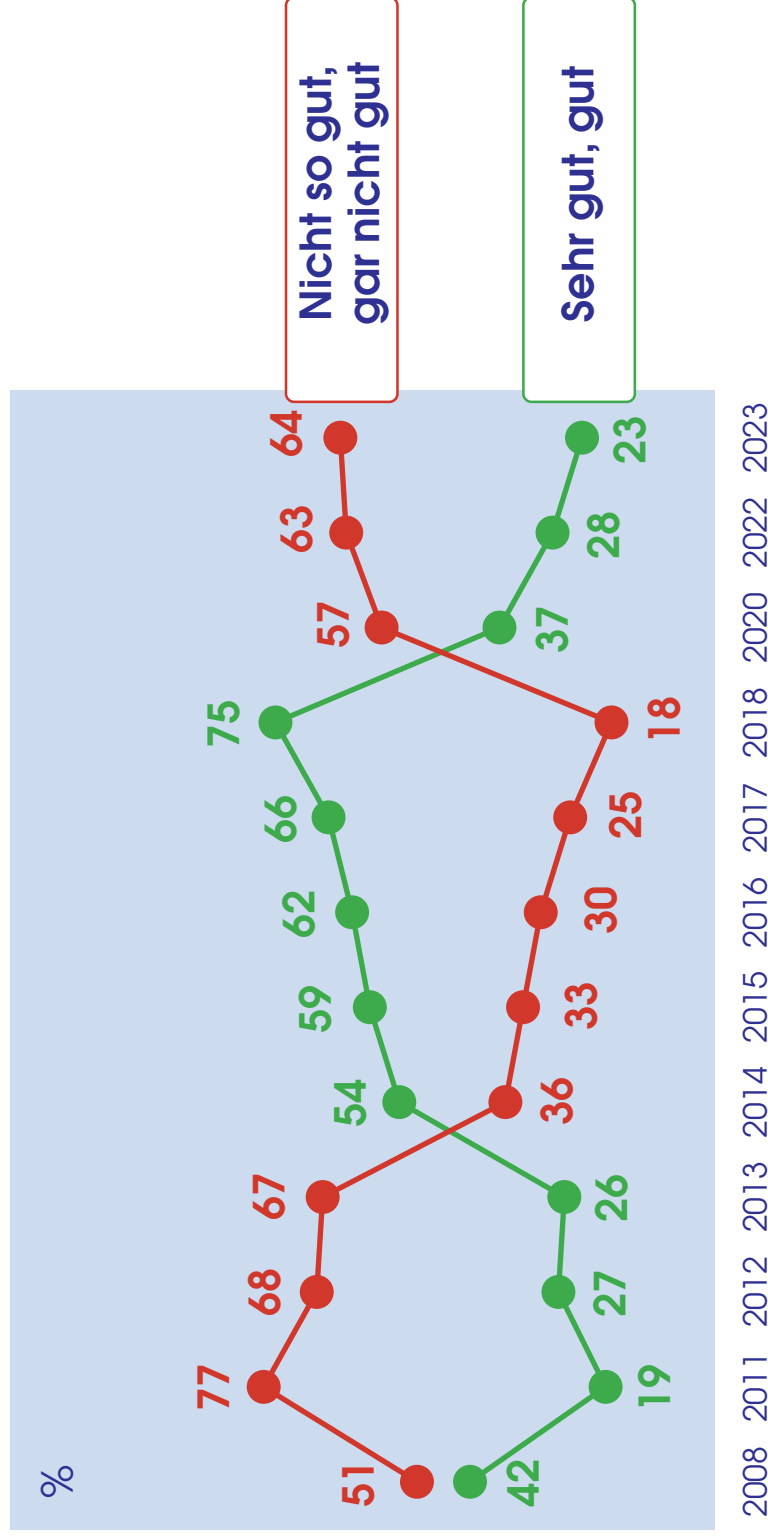
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.007 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

## **Schaubilder**

# Bewertung der finanziellen Lage des Staates

Frage: "Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage des Staates Ihrer Meinung nach zurzeit sehr gut, gut, nicht so gut, gar nicht gut?"

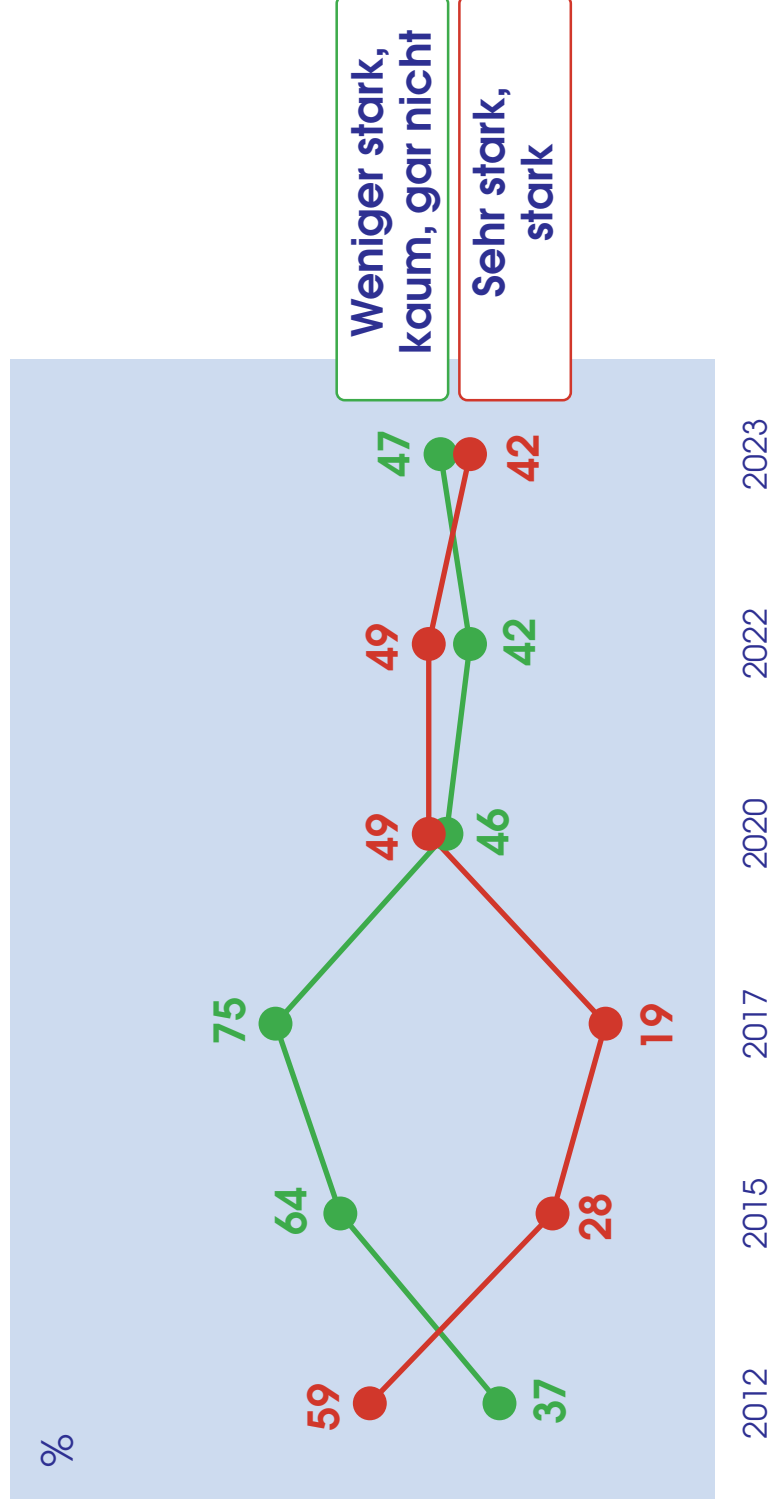


An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12069

# Wie sehr beunruhigt die Staatsverschuldung?

Frage: "Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands?"



An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

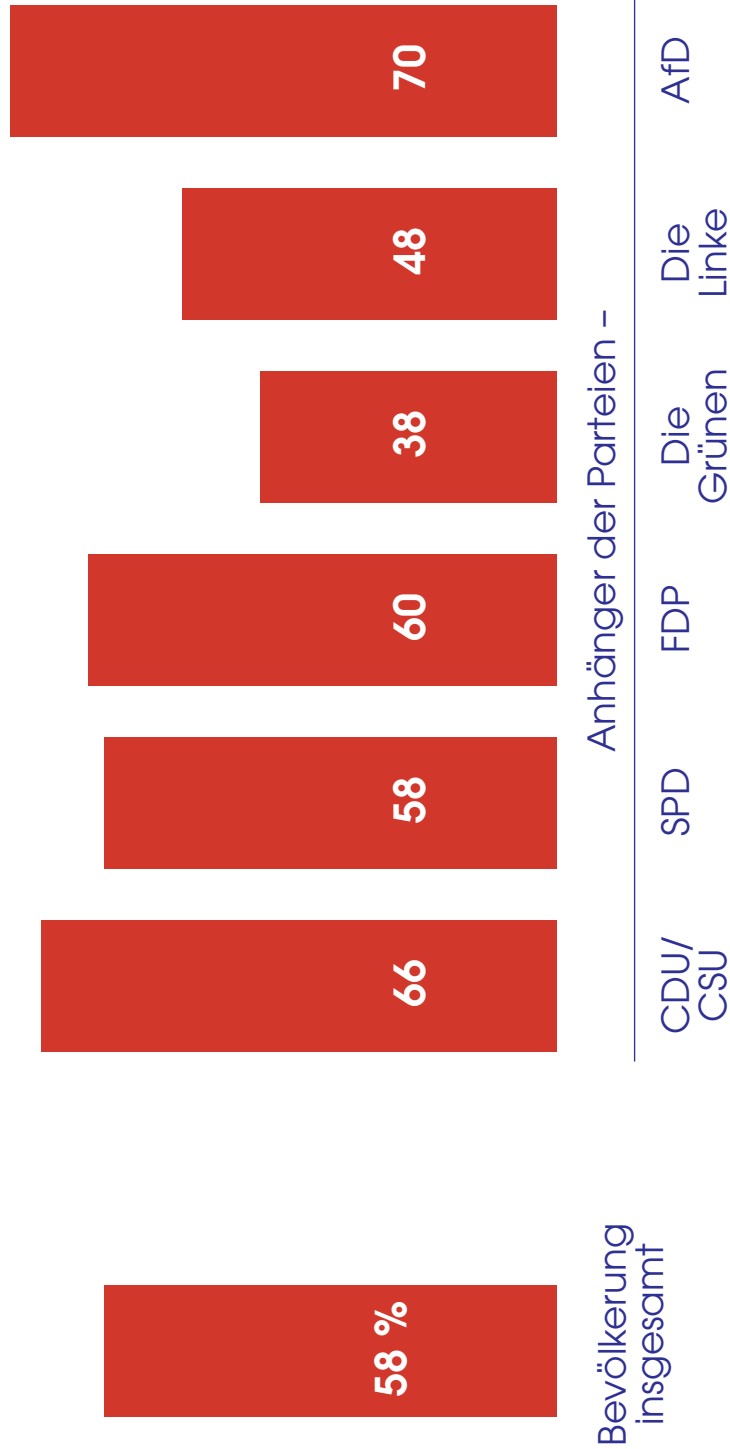
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12069



# Sollte der Staat jetzt sparen?

Frage: "Wie sollte sich der Staat in der jetzigen Situation verhalten, um seine Vorhaben zu finanzieren: Sollte er seine Ausgaben einschränken und sparen, oder sollte er Steuern und Abgaben erhöhen, oder sollte er neue Schulden aufnehmen?"

**"Der Staat sollte sparen"**



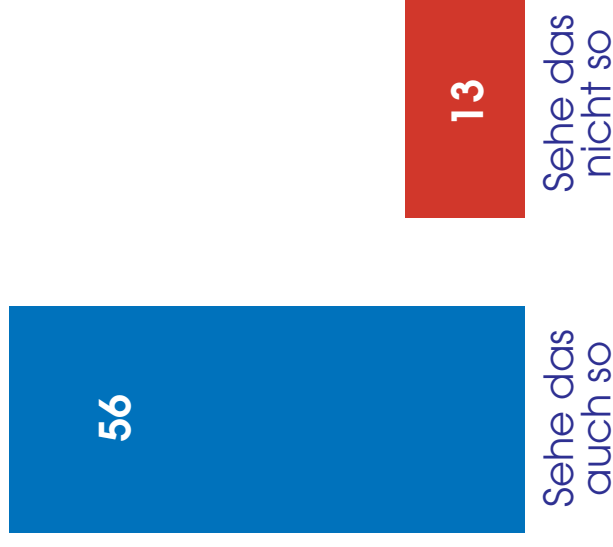
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069

# Muss der Staat mit seinem Geld auskommen?

Fragen: "**Jemand** sagte neulich: ‚Es ist ein Gebot der ökonomischen Klugheit, dass der Staat jetzt endlich auskommt mit dem Geld, das die Bürgerinnen und Bürger ihm zur Verfügung stellen.‘ Sehen Sie das auch so, oder das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



"**Bundesfinanzminister Christian Lindner** sagte neulich: ‚Es ist ein Gebot der ökonomischen Klugheit, dass der Staat jetzt endlich auskommt mit dem Geld, das die Bürgerinnen und Bürger ihm zur Verfügung stellen.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

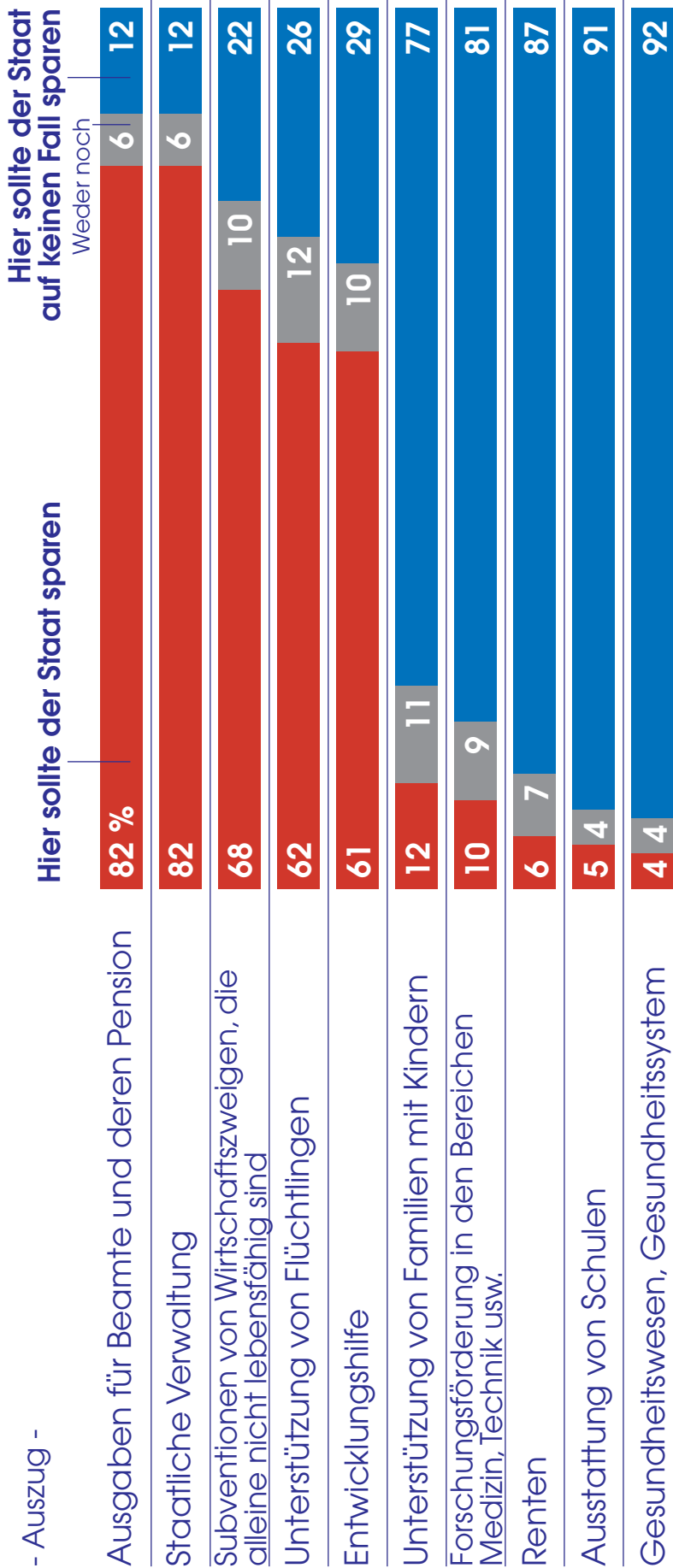


An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069

# Wo sollte der Staat sparen?

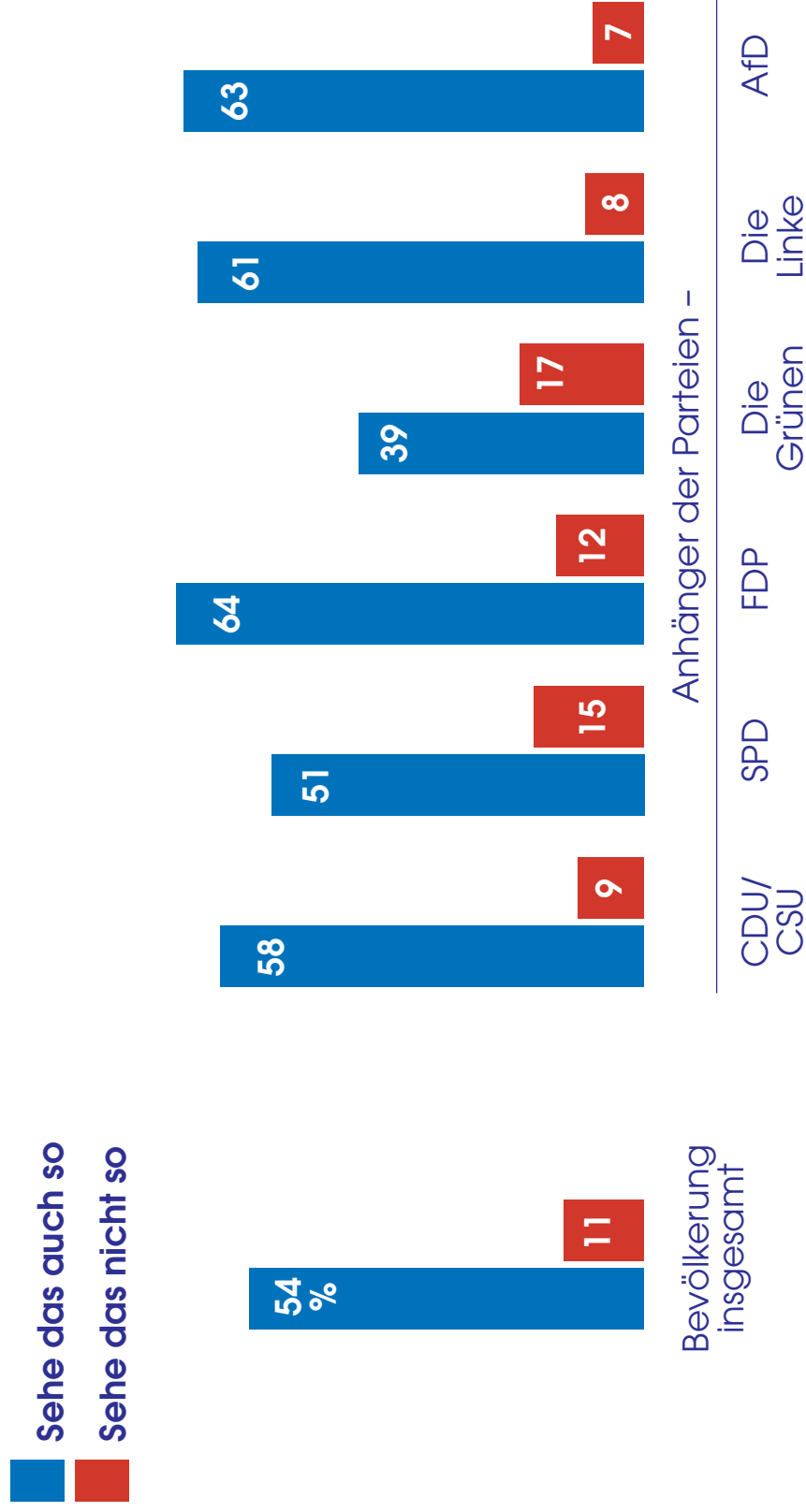
Frage: "Es wird ja immer wieder verlangt, dass der Staat sparen soll. Aber darüber, in welchen Bereichen gespart werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen. Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Dinge, für die der Staat Geld ausgibt. Wenn Sie jetzt einmal diese Karten auf dieses Blatt hier verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat sparen, oder hier sollte er auf keinen Fall sparen. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte einfach beiseite."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069

# Hätte man den Koalitionsvertrag auf die Seite legen sollen?

Frage: "Wenn jemand sagt: ‚Im Grunde hätte die Bundesregierung im letzten Jahr um diese Zeit sagen müssen, wir legen den Koalitionsvertrag auf die Seite und ordnen jetzt unsere Prioritäten neu.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 97  
vom 26. April 2023, S. 8, unter dem Titel:

"Für das Sparen – bei anderen. Wie die Bevölkerung  
die schwierige Lage der Staatsfinanzen beurteilt."

## DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

# Für das Sparen – bei anderen

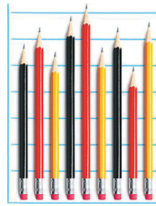
Eine schwache Wirtschaftsentwicklung, hohe Rohstoffpreise, eine starke Inflation, entsprechend hohe Forderungen der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen, steigende Zinsen und ausgabefreudige Kollegen im Bundeskabinett machen die Arbeit von Bundesfinanzminister Christian Lindner derzeit schwierig. Wie nimmt die Bevölkerung die Lage der staatlichen Finanzsituation wahr? Macht sie sich Sorgen wegen der Staatsverschuldung, oder wird diese als weniger problematisch betrachtet? Wie soll man nach Meinung der Bürger auf die Finanzierungslücke reagieren: Muss der Staat seine Ausgaben kürzen, oder sind angesichts der großen Aufgaben, vor denen die Regierung steht, Steuererhöhungen oder neue Schulden zu akzeptieren? Diesen Fragen ist das Institut für Demoskopie Allensbach in seiner aktuellen Repräsentativumfrage im Auftrag der F.A.Z. nachgegangen.

Die Bevölkerung hat durchaus aufmerksam registriert, dass sich die Situation der Staatsfinanzen in den vergangenen Jahren verschlechtert hat. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage des Staates Ihrer Meinung nach zurzeit sehr gut, gut, nicht so gut, gar nicht gut?“. In den ersten Jahren des vorigen Jahrzehnts überweg bei dieser Frage regelmäßig die Zahl der Befragten, die sagten, dass ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage des Staates nicht gut sei. Ab der Mitte der Zehnerjahre setzte sich der Eindruck durch, dass die Finanzen des Staates in einem sehr guten oder guten Zustand seien. 2018 vertraten sogar drei Viertel der Bevölkerung diese Meinung. Mit der Corona-Pandemie schlug das Meinungsbild dann wieder um. In der aktuellen Umfrage gaben 64 Prozent an, dass die finanzielle Lage des Staates nicht so gut oder gar nicht gut sei. Nur 23 Prozent widersprachen.

Uneinigkeit herrscht in der Bevölkerung, ob der Schuldenstand des Staates ein Grund zur Sorge ist. Die Anzahl derjenigen, die auf die Frage „Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands?“ antworteten, diese beunruhigt sie sehr stark oder stark, stieg von 2017 bis 2020 von 19 auf 49 Prozent. Seitdem ist dieser Wert wieder auf 42 Prozent gesunken, während derzeit 75 Prozent meinen, die Staatsverschuldung beunruhigt sie weniger stark, kaum oder nicht.

In der öffentlichen Diskussion wird die Forderung nach zusätzlichen Staatsausgaben in der Regel mit den besonders großen Aufgaben begründet, vor denen die Regierung stünde. Doch dieses Argument leuchtet nur einer Minderheit ein. Dazu wurden den Befragten zwei ausführlich formulierte Meinungen zur Auswahl vorgelegt. Die erste lautete: „Ich finde es zwar nicht gut, dass die Bundesregierung so viel Geld ausgibt und dadurch selber Schulden macht. Aber in der heutigen Situation nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, den steigenden Preisen und der unsicheren Energieversorgung bleibt ihr keine andere Wahl.“ Die Gegenposition dazu lautete: „Ich sehe zwar auch, dass sich die Bundesregierung in einer schwierigen Lage befindet. Aber mittlerweile habe ich das Gefühl, dass die Regierung wirklich für alles Geld ausgibt und leichtfertig mit den Finanzen umgeht. Sie hat dabei einfach jedes Maß verloren.“ Auf die Frage, welcher der beiden Meinungen sie eher zustimmen würden, entschieden sich 53 Prozent der Befragten für die zweite, nur 33 Prozent für die erste Aussage.

Auch das Argument, dass die Sorge vor Staatsschulden übertrieben sei, verfiel nur bei einer Minderheit. Dies zeigen die Reaktionen auf die Aussage: „Ich finde es nicht so schlimm, wenn der Staat Schulden hat. Ein gewisses Maß an Schulden hat jeder Staat; wir haben bisher mit diesen Schulden ganz gut gelebt und werden



Wie die Bevölkerung die schwierige Lage der Staatsfinanzen beurteilt.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

das auch in Zukunft können.“ 37 Prozent der Befragten stimmten diesem Argument zu. Deutlich mehr, nämlich 48 Prozent, entschieden sich dagegen für das Gegenargument „Ich finde es unverantwortlich, wenn der Staat weiter so hohe Schulden macht; denn unsere Kinder müssen das eines Tages unter Opfern wieder in Ordnung bringen.“

Angesichts dieser Antworten ist es folgerichtig, dass ein großer Teil der Bevölkerung an der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse festhalten möchte. Eine Frage lautete: „Deutschland hat sich vorgenommen, im kommenden Jahr möglichst keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Sollte man Ihrer Meinung nach an diesem Ziel festhalten, oder sollte der Staat angesichts der aktuellen Krisen seine Ausgaben in bestimmten Bereichen erhöhen, auch wenn dadurch die Staatsverschuldung ansteigt?“ 47 Prozent antworteten auf die Frage, sie seien dafür, an dem Ziel festzuhalten, lediglich 20 Prozent sprachen sich für höhere Ausgaben um den Preis neuer Schulden aus.

Auffällig ist, dass sich die Anhänger aller Parteien mit mindestens relativen Mehrheiten zwischen 41 und 56 Prozent

für den Verzicht auf neue Schulden aussprachen – mit Ausnahme der Anhänger der Grünen. Von ihnen sagten nur 27 Prozent, der Staat sollte am Ziel festhalten, keine neuen Schulden aufzunehmen, etwas mehr, 30 Prozent, widersprachen ausdrücklich.

Noch deutlicher fiel das Ergebnis bei der Frage aus, ob der Staat in der jetzigen Situation seine Ausgaben einschränken und sparen, die Steuern erhöhen oder neue Schulden aufnehmen sollte. Hier sagten 58 Prozent, der Staat solle sparen. 15 Prozent sprachen sich für neue Schulden aus und nur zwei Prozent für Steuererhöhungen. Auch bei dieser Frage fällt das abweichende Antwortverhalten der Grünen-Anhänger auf: Die Anhänger von CDU/CSU, SPD, FDP und AfD sagten mit klaren absoluten Mehrheiten, dass der Staat seine Ausgaben einschränken sollte. Von den Anhängern der Linken waren es immerhin 48 Prozent. Die Anhänger der Grünen waren dagegen nur zu 38 Prozent dieser Ansicht.

Auch dem von Finanzminister Lindner formulierten Satz „Es ist ein Gebot der ökonomischen Klugheit, dass der Staat jetzt endlich auskommt mit dem Geld,

das die Bürgerinnen und Bürger ihm zur Verfügung stellen“ stimmte eine klare Mehrheit von 52 Prozent der Befragten zu. Nur 16 Prozent widersprachen. Wurde im Fragetext ausdrücklich auf Christian Lindner als Urheber der Aussage hingewiesen, änderte dies nichts Wesentliches am Urteil: In diesem Fall stimmten 56 Prozent zu.

Die Umfrageergebnisse scheinen auf eine große Bereitschaft der Bevölkerung hinzudeuten, Kürzungen im Staatshaushalt hinzunehmen. Doch sobald man den Befragten konkrete Bereiche vorstellt, in denen gespart werden könnte, relativiert sich das Bild. In einer Frage wurden Vorhaben der Bundesregierung vorgestellt, mit der Bitte anzugeben, welche davon vorrangig verwirklicht werden sollten und welche angesichts der angespannten Finanzlage zurückgestellt werden sollten. Bei neun von zwölf Vorhaben sagte eine klare absolute Mehrheit der Befragten, sie sollten in jedem Fall rasch umgesetzt werden. An der Spitze der Rangliste standen dabei die stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus (77 Prozent) und die stärkere Förderung von Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder (71 Prozent). Auch die sehr kostspieligen Punkte „Ausbau und Sanierung des Schienennetzes“ (66 Prozent) und „Bessere Ausstattung der Bundeswehr“ (59 Prozent) wurden als vorrangig eingestuft. Lediglich von drei Vorhaben sagten deutliche Mehrheiten, dass man sie verschieben oder ganz auf sie verzichten könne: vom Ausbau und der Sanierung von Autobahnen, der Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Besserverdienende und der Einführung einer Aktienrente.

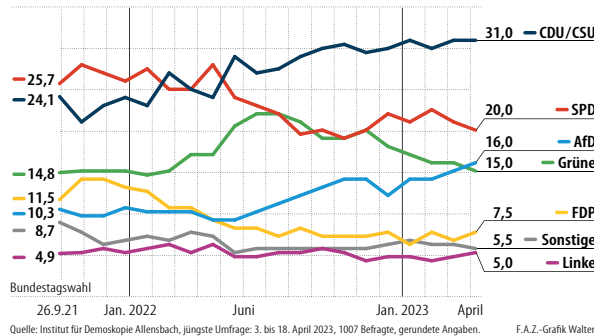
Hier deutet sich schon ein Muster an, das bei einer weiteren Frage noch deutlicher zutage tritt, bei der noch direkter danach gefragt wurde, in welchen Bereichen der Staat sparen sollte und wo er auf keinen Fall sparen dürfe. Das Ergebnis: Große Mehrheiten von mehr als 60 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass der Staat bei den Ausgaben für Beamte, der staatlichen Verwaltung, Subventionen für nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige, bei der Unterstützung von Flüchtlingen und der Entwicklungshilfe sparen sollte.

Auf keinen Fall sparen dürfe er dagegen nach Ansicht von mehr als 70 Prozent der Befragten bei zwölf der 24 zur Auswahl gestellten Bereiche, darunter bei der Unterstützung von Familien mit Kindern, bei den Renten, bei Schulen, im Gesundheitssystem, bei der Ausstattung der Polizei, beim Ausbau des Schienennetzes, beim Wohnungsbau und bei öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern oder Büchereien. Man könnte salopp zusammenfassen: Erhebliche Teile der Bevölkerung sind sehr für einen sparsamen Staat, solange die Einsparungen nur andere betreffen.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass das Verständnis vieler Bürger für die finanzpolitischen Zwänge des Staates zumindest auf einer abstrakten Ebene bemerkenswert groß ist. Vor diesem Hintergrund ist auch die Reaktion auf einen Satz des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz aufschlussreich, der am 7. März in einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte: „Im Grunde hätte die Bundesregierung im letzten Jahr um diese Zeit sagen müssen, wir legen den Koalitionsvertrag auf die Seite und ordnen jetzt unsere Prioritäten neu.“ 54 Prozent der Befragten insgesamt und absolute Mehrheiten der Anhänger aller Parteien – wieder mit Ausnahme der Grünen – stimmten zu. Wahrscheinlich würden es die Bürger grundsätzlich akzeptieren, wenn die Regierung verkündete, sie müsse angesichts der angespannten Haushaltslage auf ursprünglich geplante Vorhaben verzichten. Erbitterte Kämpfe mit den Interessengruppen um die Frage, auf welche konkreten Vorhaben denn verzichtet werden könne, blieben ihr allerdings nicht erspart.

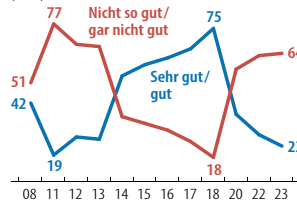
### Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

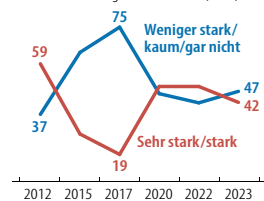


### Sorge um die Staatsverschuldung

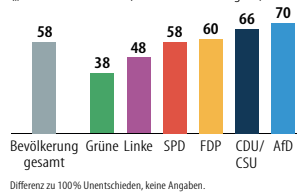
Wie ist für Sie die finanzielle Lage des Staates? (in %)



Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands? (in %)



Sollte der Staat jetzt sparen? („Ja“-Antworten in %, nach Parteianhängern)



Hier sollte der Staat sparen und hier nicht

Bereich	Sparen	Nicht sparen
Beamte und Pensionen	82%	12%
Subventionen für alleine nicht lebensfähige Wirtschaftszweige	68%	22%
Unterstützung von Flüchtlingen	62%	26%
Forschung (Medizin, Technik usw.)	10%	81%
Ausstattung von Schulen	5%	91%
Gesundheitswesen, -system	4%	92%